



Anlage 3 Schülerbeförderung

BUT

Landratsamt Mittelsachsen Abteilung Soziales Referat Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung Bildung und Teilhabe Frauensteiner Str. 43 09599 Freiberg	Eingangsvermerk-/Stempel Aktenzeichen
--	--

- vom Antragsteller auszufüllen -

Schüler/in	
Name, Vorname, Geburtsdatum	Anschrift

Die/Der Leistungsberechtigte besucht: <input type="checkbox"/> eine allgemeinbildende / berufsbildende Schule Name und Anschrift der Schule
--

Wie wird der Schulweg zurückgelegt? <input type="checkbox"/> öffentliche Verkehrsmittel (Abo-Monatskarte für Schüler) <input type="checkbox"/> privates Kraftfahrzeug <input type="checkbox"/> Schulbus <input type="checkbox"/> Sonstiges (Bitte Nachweis beifügen!)
--



1.) Der Eigenanteil bzw. der Eigenanteil an den notwendigen Beförderungskosten beträgt:

_____ Euro vom _____ bis _____

Als Nachweis füge ich einen Nachweis in Kopie über den zu zahlenden Eigenanteil bei (Abo-Vertrag, Zahlungsmittelteilung, Kopie des Tickets mit Fahrausweis, Kontoauszug über Bezahlung).

2.) Wird für den Schüler/die Schülerin ein Zuschuss von einem Dritten gewährt?

nein

ja, durch Landkreis Förderverein Gemeinde Schulträger

Als Nachweis füge ich in Kopie den Bewilligungsbescheid/sonstige Zusage über den Zuschuss bei.

Der Zuschuss beträgt monatlich _____ EUR

Der Zuschuss in Form eines Einmalbetrages beträgt _____ Euro

3.) Wurde ein Antrag auf Erstattung der Kosten für das Bildungsticket bzw. den Erlass der Eigenanteile gestellt?

nein

ja Der Bescheid liegt mit vor. (bitte mit einreichen)

Der Bescheid liegt mir noch nicht vor. (bitte nach Erhalt unverzüglich nachreichen)

Angaben zum Besuch der Schule

Die Entfernung zwischen Wohnort und Schule beträgt _____ Kilometer.

Es wird bestätigt, dass die besuchte Schule die nächstgelegene und aufnahmebereite Schule des gewählten Bildungsweges ist. Sollte nicht die nächstgelegene Schule besucht werden, bitten wir um Erläuterung Ihrer Gründe (z. B. Auswahl eines besonderen Schulprofils) und Vorlage entsprechender Nachweise (z. B. Ablehnungsbescheid der Schule).

Es besteht zwischen der Wohnung und der nächstgelegenen Schule eine besondere Gefahr für die Sicherheit oder Gesundheit. Bitte beschreiben Sie diese Gefahr (wenn möglich bitte auf geeignete Weise nachweisen).

Beschreibung der Gefahr auf dem Schulweg:

- Es wird versichert, dass **keine Erstattung** der Kosten des Abonnements für das Bildungsticket bzw. den **Erlass der Kosten** des Eigenanteils beansprucht werden kann.

Bitte informieren Sie sich über Erstattung der Kosten des Abonnements für das Bildungsticket bzw. den Erlass der Kosten des Eigenanteils zunächst beim zuständigen Träger der Schülerbeförderung. Auf schriftlichen Antrag erlässt der ZVMS für einen Schüler den Eigenanteil lt. Schülerbeförderungssatzung ganz oder teilweise, wenn sein gesetzlicher Vertreter bereits für zwei zur Familie gehörende und nach der Schülerbeförderungssatzung anspruchsberechtigte Kinder entweder gegenüber dem ZVMS zur Eigenanteilszahlung verpflichtet ist oder für diese nachweislich ein Abonnement zum Erwerb des Bildungstickets nach den jeweils geltenden Tarifbestimmungen mit einer Zahlungsverpflichtung von 15,00 EUR pro Monat bzw. 180,00 Euro für ein Jahr für den Genehmigungszeitraum abgeschlossen hat.

Bitte reichen Sie diesen Nachweis erst ein, wenn Sie alle Unterlagen, z. B. Wohngeldbescheid, vorliegen haben. Eine rückwirkende Bewilligung ist bei Vorliegen der entsprechenden Anspruchsvoraussetzungen bis zu einem Jahr möglich.

Als Anlage(n) sind zwingend beizufügen (sofern für Sie zutreffend):

- Bescheidkopie (Wohngeld, Sozialhilfebescheid, Kinderzuschlag, Asylbewerberleistungsgesetz)
- Abonnement Bildungsticket mit Zahlungsmittelteilung, Kontoauszug als Zahlungsnachweis
- Kopie des Bescheides über Erstattung der Kosten des Abonnements für das Bildungsticket bzw. den Erlass der Kosten des Eigenanteils
- Kopie Monatskarten/Wertmarken mit Fahrausweis - Kopie Bescheid "Zuschuss von Dritten" - Ausbildungsvertrag

Wichtiger Hinweis zum Datenschutz

Die Erhebung der vorstehenden Daten erfolgt aufgrund der Bestimmungen des SGB XII, BKGG, WoGG und des AsylbLG. Rechtsgrundlage für die Erhebung sind die §§ 60 ff. SGB I und die §§ 67 ff. SGB X. Die Daten werden in automatisierten Datenverarbeitungsanlagen gespeichert. Grundsätzlich unterliegen die Daten dem Sozialgeheimnis gem. § 35 SGB I.

Änderungen in den der Entscheidung zu Grunde liegenden Verhältnissen, insbesondere der Wegfall des Leistungsanspruchs (Wohngeld, Kindergeldzuschlag etc.) werde ich unverzüglich mitteilen.

Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/in bzw. Leistungsberechtigte/r
ab vollendeten 18. Lebensjahr